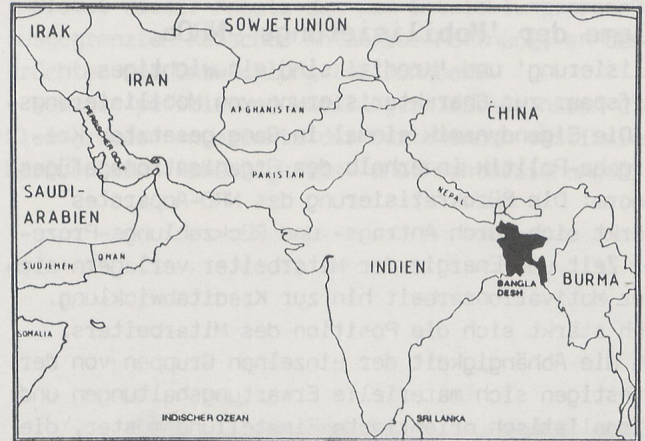


tung der Agrarreform (!), systematisch in die Regierungsmaschinerie einbinden und damit instrumentalisieren zu lassen. Hiermit haben NROs einen Teil ihrer eigenen Identität, das 'N' für 'Nicht-Regierung' aufgegeben, erst recht aber das bei 'N' immer mitgedachte 'A' für 'Anti-Regierung'.

Die ländlichen Agrargesellschaft Bangladeshs ist geprägt durch den Kampf um das physische und soziale Überleben. Als politische Überlebensstrategie mit dem Ziel der 'self-rescue' bleibt Mobilisierung/Organisation für Bangladesh jedoch von Bedeutung. Trotz aller Begrenztheit und aller sonstigen Gründe zu einer – auch fundamentalen Kritik, dürfte es sich bei dem 'NRO-Prozeß der Mobilisierung' um die bisher ernsthafteste Umsetzung einer Strategie der 'Entwicklung-von-unten' im mit 'Entwicklungsvarianten' und 'Entwicklungsversuchen' wahrlich reich gesegneten ländlichen Bangladesh handeln – 'effektiv' verstanden als programmatisch an den Interessen der Ärmsten orientiert. Der Aufbau der noch strukturell schwachen und zersplitterten Landlosen-Organisationen ist die erste Entwicklungsstrategie, die die Landlosen zum Zentrum aller Entwicklung gemacht hat.

DELTA

Kultur und Politik aus Bangladesh



Das 2. Jahrbuch ist jetzt erschienen! Teil I enthält Informationen über Bangladesh, in Teil II wird eine Auswahl der Werke zeitgenössischer Dichter vorgestellt. Bezug zum Preis von 16,- DM bei: Harry Belitz, Lindenstr. 4, 8011 Zorneding



Pakistan

4 Elemente der Krise

– Für Frau Bhutto bleibt viel zu tun –

Die Bedrohung der Landesgrenzen, die ethnischen und regionalen Konflikte und Spannungen innerhalb des Landes, die Notlage im öffentlichen Dienst und die Zwänge, die sich aus dem knappen Budget und den nicht verfügbaren Devisen ergeben – dies sind einige der Elemente der Krise Pakistans. Sie müssen angegangen werden, wenn ein lebensfähiges demokratisches System nach der Wahl von Benazir Bhutto etabliert werden soll. Ein Beitrag von Akmal Hussain. Die Übersetzung lieferte Claudia Indira d'Souza.

Wenn die Politisierung der Wahlallianzen aufgehört hat, wenn Hitze und Staub des Wahlkampfes sich gelegt haben, dann werden die Gewinner der Wahl einer neuen Herausforderung gegenüberstehen: derjenigen nämlich, die nationale Krise in den Griff zu bekommen. Die Elemente dieser Krise sind:

- Die Bedrohung der Sicherheit an den nationalen Grenzen,
- Die ethnischen und regionalen Spannungen innerhalb des Landes und die Unterminierung menschlicher Werte wie Toleranz und soziale Verantwortung,

- Der gravierende Mangel bezüglich der Basisversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, einem Gesundheitssystem, Unterkünften, Transport und Bildung,
- Die nationale Wirtschaftskrise die durch knappes Budget und nicht verfügbare Devisen zu Zwängen führt.

Außenpolitik

Die Aufgabe, diese vier Elemente der Krise in den Griff zu bekommen, wird eine Reihe von kurz- und langfristigen Maßnahmen verlangen. Die Behebung der Gefahr an den nationalen Grenzen verlangt eine Außen-

politik, die den nationalen Interessen dient und nicht denjenigen eines Individuums oder einer Lobby. Was insbesondere notwendig ist, ist eine wirklich unabhängige Außenpolitik, die glaubwürdige Umsetzung des Genfer Abkommens und eine Politik der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten eines Nachbarstaates. Eine langfristige außenpolitische Initiative muß in den Beziehung zu den USA, der UdSSR und Japan - die aufkommende dritte Weltmacht - einen Ausgleich erreichen. Im Kontext des Wettstreits zwischen diesen Mächten muß Pakistan Platz finden, seine eigene Souveränität mit Hilfe einer unabhängigen Außenpolitik zu behaupten. Eine solche Politik würde außerdem den Vorteil der Diversifizierung der Quellen für Hilfe und Unterstützung sowie des internationalen Handels haben.

Ethnische und regionale Spannungen

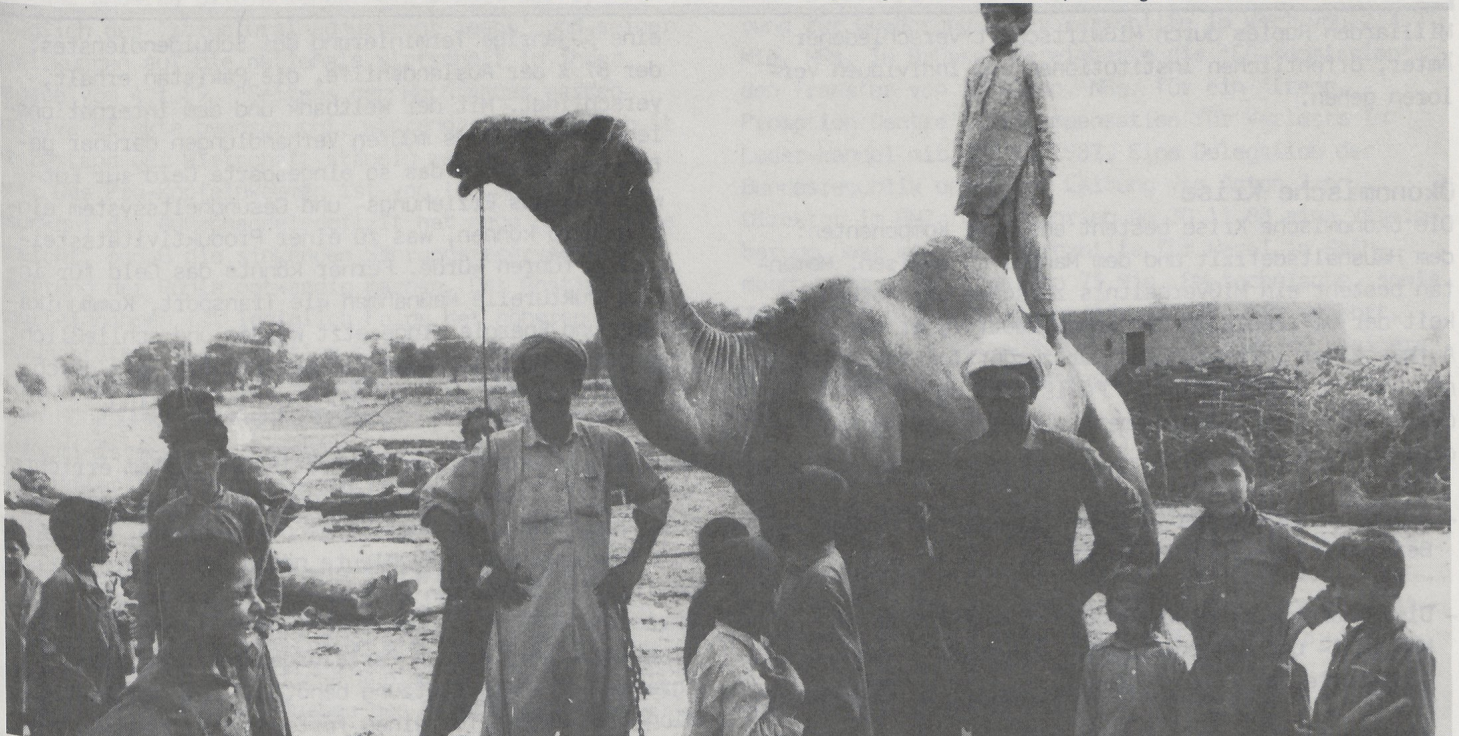
Zur Minderung ethnischer und regionaler Spannungen muß eine Dezentralisierung und Umverteilung der Regierungsmacht bis hinunter auf die lokale Ebene und die Gewährung von Meinungs- und Redefreiheit für alle Volksgruppen erfolgen. In einem Land mit einer kulturellen und sprachlichen Vielfalt wie Pakistan ruft Zentralismus unter den einzelnen Volksgruppen Angst hervor - Angst davor, daß ihre kulturelle Identität von den homogenisierenden Tendenzen der Zentrale unterminiert würde. Diese Verunsicherung verwandelt sich in Ressentiments, wenn der ökonomische Wachstumsprozeß so verläuft, daß er der herrschenden Elite auf Kosten der restlichen Bevölkerung zugute kommt. Wo der ökonomische Kuchen klein ist und ungleichmäßig verteilt wird, und wo die verschiedenen Volksgruppen im sozialen Gefüge des Staatsapparates nicht gleichmäßig repräsentiert sind, da wird verständlich, daß die Unsicherheit der benachteiligten Gruppen sich in Richtung aktiver Ressentiments gegen die Zentralregierung entwickelt. Die Minderung der ethnischen und regionalen Spannungen verlangt also eine Dezentralisierung

der Administration hinunter bis auf die lokale Dorfebene und eine Anerkennung der kulturellen Autonomie aller Volksgruppen. Ethnische und regionale Spannungen werden weiterbestehen, solange das Volk nicht dahingehend ermächtigt und organisiert wird, seine Kräfte direkt für das eigene Wohlergehen zu verwenden, und an den die Menschen unmittelbar betreffenden Entscheidungen teilzuhaben.

Grundbedürfnisse

Damit die Bevölkerung ein Interesse an einer demokratischen Regierungsform entwickelt, müssen die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden. Wenn 63 % der Bevölkerung kein sauberes Trinkwasser haben, wenn - als Konsequenz davon - 40 % aller Verstorbenen Opfer von verschmutztem Wasser sind und wenn mehr als die Hälfte aller Beschäftigten Analphabeten sind, wenn darüberhinaus 40 % der Bevölkerung nicht genug zu essen und 2 Millionen Menschen kein Dach über dem Kopf haben, dann ist der Großteil der Bevölkerung gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen zu leben. Und dies in einem Land, in dem die herrschende Elite in sichtbarem Luxus lebt.

Dies sind genau die Bedingungen, welche die regionale, ethnische Polarisierung fördern - besonders da, wo 11 Jahre Militärdiktatur die Unterdrückten entpolitisiert haben. Wenn deshalb die Grundlagen einer Demokratie erst geschaffen werden müssen und wenn das soziale Gefüge erst wieder in Gang gebracht werden muß, dann müssen zumindest die minimalen öffentlichen Dienstleistungen dem pakistanischen Volk ohne Verzögerung zur Verfügung gestellt werden. Diese Aufgabe liegt sehr wohl im Bereich der finanziellen Kapazitäten einer demokratischen Regierung, die sich dem Volk verpflichtet fühlt. Sogar der Bundesfinanzminister war mutig genug zu enthüllen, daß jährlich etwa 120



Wichtig ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung (Foto: Stachelscheid)

"Wir sind Kämpfer ..." - Interview mit Benazir Bhutto

Wie fühlen Sie sich als erste weibliche Premierministerin der islamischen Welt?

Es ist eine große Ehre und ein Privileg für mich. Aber es ist mehr noch eine Ehre und ein Privileg für das pakistanische Volk und die Märtyrer, die ihr Leben im Kampf für einen demokratischen Staat ließen. Ihr Kampf ist es, der zum Erfolg geführt hat, und dies ist ein Augenblick, der in die Geschichte eingehen wird...

Welches sind die unmittelbaren Probleme, denen ihre Regierung gegenübersteht?

Da sind zum einen politische Probleme, zum anderen personelle, strukturelle und konstitutionelle. Wir fühlen uns der Verfassung aus dem Jahre 1973 verpflichtet. Die Verfassung von 1985 ist ein Durcheinander; einerseits vieldeutig, andererseits völlig den Absichten eines einzigen Mannes angepaßt. Das heißt, daß sie nichts Klares, nichts Konsequentes enthält. Diese Verfassung setzt unserem Handeln zudem enge konstitutionelle Grenzen. Deshalb wollen wir versuchen, diese mit einer 2/3-Mehrheit zugunsten der Verfassung von 1973 zu ändern. Die Verfassung von 1973 ist eine repräsentative Verfassung für die vier Provinzen des Landes und den Staat Pakistan... Als mein Vater an die Macht kam, hatte er und die PPP grundsätzlich freie Hand. Wir aber unterliegen derart vielen Einschränkungen und Zwängen. Ich möchte noch erwähnen, daß unsere Partei diskutiert hat, ob wir die Regierung bilden oder in der Opposition bleiben sollten. Denn es gibt viele Hindernisse auf dem Weg zur Umsetzung unserer Politik. Beispielsweise die Frage der politischen Gefangenen, die wir am Tag unserer Amtsübernahme aus der Haft entlassen wollten. Aber uns gelang dies nicht... Aber dann dachten wir, daß wir doch Kämpfer sind, und die geben nicht auf...

Dann gibt es die strukturellen Aspekte. So wurde z.B. das Haus des Premierministers nie wirklich genutzt... Wir haben z.B. das Problem, Telefonanrufe zu erhalten. Es ist schwer zu glauben, daß es für die Premierministerin schwierig sein könnte, jemanden anzurufen oder angerufen zu werden... Wenn nicht einmal eine Telefonverbindung hergestellt werden kann, dann können Sie sich vorstellen wie schwierig es ist, Akten zu erhalten. Wir denken, daß dieses Problem eine weitere Konsequenz der langjährigen Militärdiktatur ist. Dinge wurden auf eine derart willkürliche Art und Weise getan, daß es schwierig für eine neue Person ist. Wir sind aber trotzdem ungeduldig, mit der Arbeit beginnen zu können...

Es gibt dann natürlich auch noch Wirtschaftsfragen. Es wird uns z.B. gesagt, daß kein Geld vorhanden sei, wenn wir die Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds nicht sofort ratifizieren würden. Die Konsequenzen davon könnten den Interessen des Volkes zuwiderlaufen. Aber die letzte Regierung hat uns dazu verpflichtet.

Dies sind die Hauptprobleme, mit denen wir derzeit konfrontiert sind... Wir wollen sie lösen und Pakistan die Vision eines föderalistischen, demokratischen und egalitären Landes geben... eines Landes, das die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung befriedigen kann. Wir wollen Freiheit, und wir wollen, daß sich jeder Bürger von Pakistan frei fühlt...

(aus: 'Herald', Karachi, Dezember 1988, Übersetzung: Claudia Indira d'Souza)

Milliarden Rupies durch Mißwirtschaft verschiedener Ämter, öffentlichen Institutionen und Individuen verloren gehen.

Ökonomische Krise

Die ökonomische Krise besteht aus zwei Komponenten: dem Haushaltsdefizit und dem Mangel an Devisen. Momentan besteht ein Mißverhältnis zwischen der Notwendigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse, dem Aufbau einer Infrastruktur für zukünftige Investitionen und dem Schuldendienst Pakistans. Um die Krise in den Griff zu bekommen, wären folgende Maßnahmen notwendig:

- Die Verringerung der Ausgaben im administrativen Bereich durch Dezentralisierung,
- Die Erhöhung der Steuern durch Einführung einer Mehrwert- und Gewerbesteuer sowie einer Landwirtschaftssteuer,
- Die Überwindung der Zahlungsbilanzprobleme durch

eine 5-jährige Terminierung des Schuldendienstes, der 87 % der Auslandshilfe, die Pakistan erhält, verschlingt. Mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds müßten Verhandlungen darüber geführt werden, um das so eingesparte Geld zur Entwicklung des Erziehungs- und Gesundheitssystem einsetzen zu können, was zu einer Produktivitätssteigerung führen würde. Ferner könnte das Geld für infrastrukturelle Maßnahmen wie Transport, Kommunikation und Energie eingesetzt werden und schließlich die Erhaltung von Anbauflächen sichern, die durch Versalzung und Wüstenbildung gefährdet sind.

Wenn ein lebensfähiges demokratisches System errichtet werden soll, dann müssen die genannten Probleme kurz- bzw. langfristig in Angriff genommen werden. Dazu wird ein Team der besten Fachleute nötig sein, um die politischen Maßnahmen zu formulieren und kurzfristig umzusetzen. Für die Umsetzung langfristiger politischer Maßnahmen werden Parteiorganisationen mit 'grass-root'-Unterstützung benötigt, die den institutionellen Rahmen für einen fortschrittlichen modernen und demokratischen Staat bilden können.